SCHWEIZER SPIELART

Als deutscher Botschafter in der Schweiz lernte Dr. Otto Lampe das dortige politische System schätzen. Für das **md**magazin schildert er seine Eindrücke.

VON **DR. OTTO LAMPE**

Ich hatte die Freude, in den letzten vier Jahren in der Schweiz leben und arbeiten zu dürfen. Neben den landschaftlichen Reizen, der kulturellen und sprachlichen Vielfalt, der effizienten Verwaltung, der hervorragenden Infrastruktur und der zivilen Mitverantwortung der Schweizer/innen für ihr Gemeinwesen hat mich insbesondere die Schweizer Spielart der direkten Demokratie beeindruckt. Nie werde ich vergessen, wie Schweizer Minister noch am Abend vor der Abstimmung gegen die von der SVP lancierte, sogenannte „Masseneinwanderungsinitiative" öffentlich massiv Stellung bezogen hatten, wie aber am Tag darauf, nachdem die Initiative – wenn auch mit denkbar knappster Mehrheit – angenommen war, sich die gleichen Minister ebenso nachdrücklich für deren Umsetzung aussprachen. Selten wurde so deutlich, dass in der Schweiz das Volk das letzte Wort hat. In anderen, eher repräsentativ organisierten Demokratien wäre ein so herber politischer Gesichtsverlust in einem ganz zentralen Politikfeld (Einschränkung der Personenfreizügigkeit) Anlass für Rücktritte. Zwar geht auch in der Schweiz die Mehrheit der Gesetzesinitiativen von den gewählten Volksvertreter/innen aus. Durch fakultative oder obligatorische Referenden kann das Stimmvolk jedoch immer noch ein Veto einlegen.

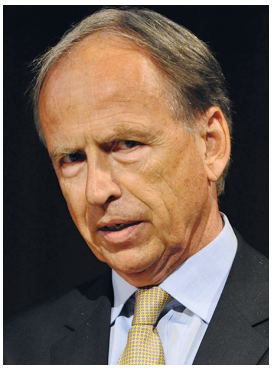
Gelegentlich wird behauptet, die direkte Demokratie sei zu langsam. Und tatsächlich: Manchmal dauert es Jahre, bis aus einer Initiative ein Gesetz wird oder bis ein Gesetz nach Referenden in Kraft treten kann. Nur: Wenn es dann einmal in Kraft ist, wird es auch in der Regel von allen akzeptiert und zügig umgesetzt. Gleich zu Anfang meiner Zeit in der Schweiz nahm ich an einer öffentlichen Veranstaltung zum Thema Außenwirtschaft teil. Ein aufgeregter junger Mann meldete sich zu Wort und beklagte sich lautstark über den angeblich zunehmenden Schweizer Waffenexport. Der vortragende Politiker schaute den jungen Mann etwas überrascht an und sagte: „Aber Entschuldigung, das hat das Volk so entschieden." Alle Anwesenden nickten zustimmend und der junge Mann setzte sich brav wieder hin.

Mehrheits- oder Minderheitsdespotismus?

Nun könnte man mit Alexandre de Toqueville meinen, dass die Verlagerung von Verantwortung in zentralen politischen Fragen auf das Volk die Gefahr eines „Minderheits- oder aber auch Mehrheitsdepotismus" in sich trüge. In der Tat: Einige der besonders spektakulären Schweizer Volksinitiativen haben aus der Sicht des kritischen Auslands diesen Verdacht bestätigt. Dabei denke ich unter anderem an die Minaretteninitiative, die Ausschaffungsinitiative oder eben auch die Masseneinwanderungsinitiative. Bedauerlicherweise sind es aber immer nur die sehr seltenen eher populistischen Initiativen, die im Ausland Aufmerksamkeit erregen und zu negativer Interpretation der direkten Demokratie führen. In über 300 Volksabstimmungen in knapp 170 Jahren – und das nur auf Bundesebene – haben die Schweizer/innen jedoch den Nachweis erbracht, dass sie sich nicht von Populist/innen verführen lassen, sondern im Zweifel sorgsam mit ihrer Stimme umgehen und dabei nicht nur das eigene, sondern das Wohl des ganzen Landes im Auge haben. Deutsche Besucher/innen machen immer ungläubige Gesichter, wenn ihnen berichtet wird, dass die Schweizer/innen unter anderem gegen eine zusätzliche Urlaubswoche, gegen die Mindestlohninitiative und gegen die „1 zu 12 Initiative" gestimmt haben, mit der das höchste Gehalt in einem Unternehmen auf das zwölffache des Mindestgehaltes reduziert werden sollte. Letzteres wäre aus der Sicht vieler Mitarbeiter/innen sicherlich eine

willkommene Entwicklung. Nur man weiß als aufgeklärte/r souveräne/r Staatsbürger/in eben auch, dass ein derartiges Gesetz viele der in der Schweiz angesiedelten Unternehmen vergraulen und dies letztlich Arbeitsplätze kosten könnte.

Aus deutscher Sicht wird die direkte Demokratie gern auf ihre plebiszitären Elemente reduziert. Dabei wird übersehen, dass sie ebenso auf dem Milizsystem[1] beruht wie auch auf der so genannten Zauberformel[2], die eine Kontinuität der Exekutive über Wahlen hinaus gewährleistet. Das aufgrund des Primates des Volkswillens reduzierte spezifische Gewicht der nationalen oder auch kantonalen Exekutive sorgt dafür, dass Wahlen in der Schweiz meist Ausdruck eines sich eher geringfügig verändernden politischen Farbenspektrums sind und nicht in erster Linie Legitimationsbasis für einen Regierungswechsel. Das hat zur Folge, dass der politische Betrieb in Bern nicht durch langwierige Wahlkämpfe anästhesiert wird, und dass auch nach den Wahlen im wesentlichen unverändert weiter gearbeitet werden kann. Kein umfassender Austausch von politischem Personal, keine neuen „jobs for the boys and girls“. Wenn Minister/innen zurücktreten, was eher selten geschieht, dann aus persönlichen Gründen, aus Amtsmüdigkeit, oder weil sich im Bundesratskollegium der Eindruck erhärtet, dass sie ihrer Aufgabe nicht (mehr) gewachsen sind.



„Die Schweizer/innen haben den Nachweis erbracht, dass sie sich nicht von Populist/innen verführen lassen, sondern im Zweifel sorgsam mit ihrer Stimme umgehen.“

DR. OTTO LAMPE

Bürgerschaftliches Engagement als Kern der Demokratie

Auch das in der Schweiz immer noch gut funktionierende Milizsystem ist immanenter Bestandteil der direkten Demokratie. Da die Verantwortung für das Gemeinwesen arbeitsteilig zwischen souveränen Bürger/innen und gewählten Abgeordneten wahrgenommen wird, scheint es nur folgerichtig, dass die gewählten Volksvertreter/innen dem Volk auch beruflich verbunden bleiben und für ihren Lebensunterhalt nicht auf das Mandat angewiesen sind. All dieses setzt jedoch einen historisch, kulturell und politisch gewachsenen kohärenten Rahmen voraus, der keineswegs in allen entwickelten Gesellschaften so vorhanden ist. Hierauf hatte unter anderem auch Bundespräsident Gauck bei seinem Staatsbesuch in der Schweiz 2014 hingewiesen. Zitat: „Der hohe Stellenwert, den bürgerschaftliches Engagement in der Schweiz genießt, hat mich stets begeistert. Schweizer/innen übernehmen Verantwortung für das Gemeinwesen, weil es für sie selbstverständlich ist, gemäß dem Wahlspruch ihres Landes „Unus pro omnibus, omnes pro uno“ – „Einer für alle und alle für einen“. Gauck erwähnte aber auch, dass die direkte Demokratie Resultate hervorbringen könne, die „Staat und Gesellschaft vor einer wahrhaft schwierige Situation“ stellten. In deutschen Kommunen und Bundesländern habe man mit Volksabstimmungen zwar „überwiegend gute Erfahrungen“ gemacht. Doch auf der Ebene der Bundespolitik habe sich die repräsentative Demokratie bewährt.

Diese Bemerkung wurde Gauck – für mich vollkommen unverständlich – von einigen Schweizer Medien übel genommen und so interpretiert, als wolle er die direkte Demokratie diskreditieren. Das Gegenteil war jedoch der Fall. Es ging ihm vielmehr darum, darauf hinzuweisen, dass politische Systeme und Spielarten der Demokratie nicht in jede beliebige Gesellschaft projizierbar sind. Und dass – wie im Falle der Schweiz – gefestigte historische Hintergründe und kulturelle Traditionen ganz maßgeblich auch für die Wahl des Systems der politischen Entscheidungsfindung sind. Und dass es zwischen beiden Systemen sowie ihren diversen Mischformen aus demokratietheoretischer Sicht keine – wie auch immer geartete – Hierarchie geben sollte.

Wie können wir von der Schweiz lernen?

Ohne mich auf Einzelheiten festlegen zu wollen, erscheint mir in diesem Kontext insbesondere die Variante der so genannten „partizipativen Demokratie“ attraktiv. Und wer sich in Deutschland politisch engagiert, wird feststellen, dass die Teilhabe diverser gesellschaftlicher Gruppen an politischen Entscheidungsprozessen im Laufe der Jahre enorm gewachsen ist. Dies gilt – in unterschiedlicher Ausprägung – auch für die meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Der Vertrag von Lissabon selbst sieht in seinem Art. 11 partizipative Instrumente der politischen Entscheidungsfindung einschließlich eines Referendums vor.

Wer weiß: Vielleicht gibt es ja auch unter den konkurrierenden Demokratiekonzepten so etwas wie kommunizierende Röhren oder zumindest auch dort „Wandel durch Annäherung“. /

1 In der Schweiz werden öffentliche Aufgaben meist nebenberuflich ausgeübt. Auch die meisten Abgeordneten behalten neben ihrem Mandat ihre Berufstätigkeit bei. Dieses Prinzip nennt man dort „Milizsystem“.

2 „Zauberformel“ oder „2:2:2:1-Formel“ heißt die Regel, nach der sich seit 1959 die siebenköpfige Schweizer Landesregierung (der Bundesrat) zusammensetzt. Die drei Parteien mit der grössten Parteistärke erhalten zwei Sitze, die mit der viertgrössten einen Sitz.

Dr. Otto Lampe
ehemaliger Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Schweiz.